

STAD DELEFEED

An die Stadt Bielefeld Oberbürgermeister Ds.-Nn.: 7840/2014-2020

Bielefeld, 13.12.2018

Bürgeranregung gemäß § 24 GemO zur Radstation

Sehr geehrter Herr Clausen,

Die Räume der Radstation Bielefeld sind zum Jahresende 2018 gekündigt worden. Als Übergangslösung bis zum Bau der neuen Radstation sieht die Stadtverwaltung für die bestehenden 340 nur ca. 140 Stellplätze vor.

Die MitunterzeichnerInnen und ich fordern:

- 1. eine Übergangslösung mit mindestens 340 Abstellplätzen bis 1.3.2019 nicht weiter als 100m von den Bahnhofsausgängen einzuführen
- 2. die Planung der neuen Radstation mit der Kapazität von mindestens 600 Abstellplätzen.

Begründung: Die Radstation ist eine wichtige Schnittstelle zur Kombination von Rad und Bahn. Weil Bielefeld sich das Ziel gesetzt hat, den Verkehrsanteil des Fahrrads bis 2025 auf 25% zu erhöhen, darf die Zahl der Abstellplätze nicht wie jetzt geplant verringert werden. Bis zur Eröffnung der neugebauten Radstation sollen sie im bisherigen Umfang angeboten werden. Das jetzige Angebot an Fahrradwartung und Vermietung soll auch in der Übergangszeit bestehen bleiben. Die neue Radstation soll wesentlich mehr Plätze als bisher anbieten. Ungenutzte Haushaltsmittel für den Radverkehr stehen im städtischen Haushalt 2018 ausreichend zur Verfügung.

Wir freuen uns, dass zur Übergangssituation schon ein entsprechender politischer Beschluss gefasst wurde und hoffen, dass auch der zweite Punkt zügig beschlossen wird und dass beide Beschlüsse auch umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



(die weiteren Unterschriften werden nachgereicht)

BÜRGERAUSSCHUSS

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2019

Zu Punkt 4.4 (öffentlich)

Radstation Hauptbahnhof

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7840/2014-2020

Frau Schröter führt aus, dass die Petenten eine Übergangslösung mit mindestens 340 Abstellplätzen bis zum 01.03.2019 nicht weiter als 100 m von den Bahnhofsausgängen sowie die Planung der neuen Radstation mit der Kapazität von mindestens 600 Abstellplätzen fordern würden.

Der Mietvertrag zwischen der Bahn und der Stadt bzw. mobiel sei zum 31.12.2018 gekündigt worden. Das Gebäude, in dem sich die Radstation bisher befunden habe, werde aktuell abgerissen. Die bisherige Radstation habe 340 Stellplätze beherbergt, von denen ca. 190 mit Dauermietern belegt waren.

Der StEA habe bereits in seiner Sitzung vom 27.11.2018 beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, eine Übergangslösung mit mindestens 340 zugangsgesicherten Abstellplätzen möglichst nicht weiter als 100 m von den Bahnhofsausgängen entfernt zu realisieren und die Ergebnisse in einer der nächsten Sitzungen zu präsentieren.

Entsprechend diesem Beschluss werden aktuell im Erdgeschoss und im Keller des früheren Hauptpostgebäudes knapp 200 Abstellplätze geschaffen. Hinzu kommen demnächst ungefähr 148 Plätze in mehreren Sammelschließanlagen; hier laufe derzeit die Ausschreibung, so dass die geforderten 340 Übergangs-Plätze erreichen würden.

Zum zweiten Antrag der Petenten, die Planung der neuen Radstation mit einer Kapazität von 600 Abstellplätzen, werde derzeit eine Machbarkeitsstudie erstellt. Deren Ergebnisse würden demnächst mit den politischen Gremien erörtert.

Die Petentin hält die Übergangslösung für unzureichend, insbesondere seien die Öffnungszeiten sehr eingeschränkt. Die Radstation müsse 24 Stunden geöffnet haben. Es seien 1.400 Stellplätze für Autos am Bahnhof vorhanden. Die Petentin sei inzwischen überzeugt, dass es genauso viele Stellplätze für Fahrräder wie für Autos geben müsse, um die Verkehrsentwicklung positiv zu beeinflussen.

Frau Biermann unterstützt die Petition und spricht sich für eine Verweisung an den Fachausschuss aus.

Frau Pfaff sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Es seien so viele Abstellplätze wie zuvor notwendig. Auch ein Reparaturdienst vor Ort sei sinnvoll.

Herr Büsing empfindet die Öffnungszeiten auch als sehr wichtig und unterstützt eine Verweisung an den Fachausschuss.

Herr vom Braucke möchte die Nutzung des Radverkehrs fördern und regt eine Einbindung des Bielefelder Nordens an.

Beschluss:

Die Petition wird an den StEA verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

300 Rechtsamt, 20.02.2019, 51-21 93

An

660

600.11

zur Kenntnis und weiteren Veranlassung i. A.

Steinkötter

STADT BIELEFELD

Bayant
Eing: 22 FS 2019 AL

609.1 7 600.2 600.3 600.4

000.5 600.6 600.7

PM/51/52 61/67 7.17.2